

# Krieg - ein Verbrechen



„Ein Kopf lag hier, ein Bein lag da, überall Tote und Verwundete. Ich werde das Grauen niemals vergessen.“

(Ein Überlebender nach einem Bombenangriff, 1996)

In modernen Kriegen sind die meisten Opfer Zivilisten.

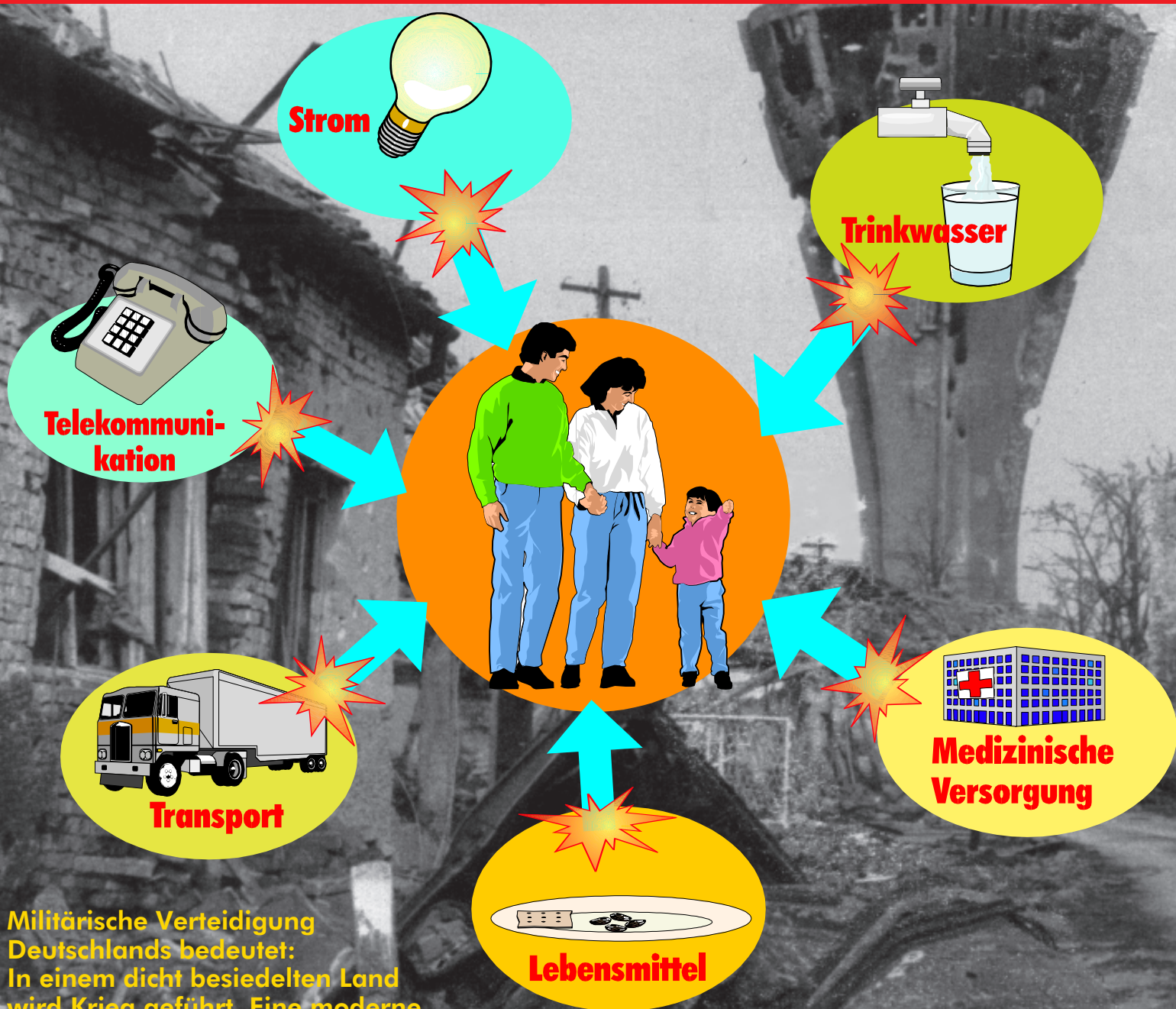


**„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen, und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“**

Grundsatzerklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner von 1921



# Verteidigung = Selbstzerstörung



Militärische Verteidigung Deutschlands bedeutet: In einem dicht besiedelten Land wird Krieg geführt. Eine moderne Industriegesellschaft ist aber nicht kriegstauglich. Wir sind vollkommen abhängig von Wasser-, Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung. Im Krieg werden die Versorgungseinrichtungen zerstört und die Transportwege unterbrochen. Nach einigen Wochen ist die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gefährdet. Die Industrieproduktion bricht zusammen. Die Zerstörung von Chemiefabriken und Atomkraftwerken würde riesige Mengen an Schadstoffen und radioaktiven Materialien freisetzen.

**Eine Industriegesellschaft kann militärisch nicht verteidigt werden. Verteidigung führt zur Selbstzerstörung, auch ohne den Einsatz von Atomwaffen.**



# Kein Frieden ...



## Koreakrieg 1950 - 1953

Das kommunistische Nordkorea überfällt und besetzt Südkorea. Im Auftrag der Vereinten Nationen wird der Angreifer von einer alliierten Streitmacht unter Führung der USA zurückgeworfen.

### Ergebnis:

- Der vorherige Zustand wird wiederhergestellt.
- Etwa eine Million Tote, Hunderttausende von Flüchtlingen.



### Jedoch:

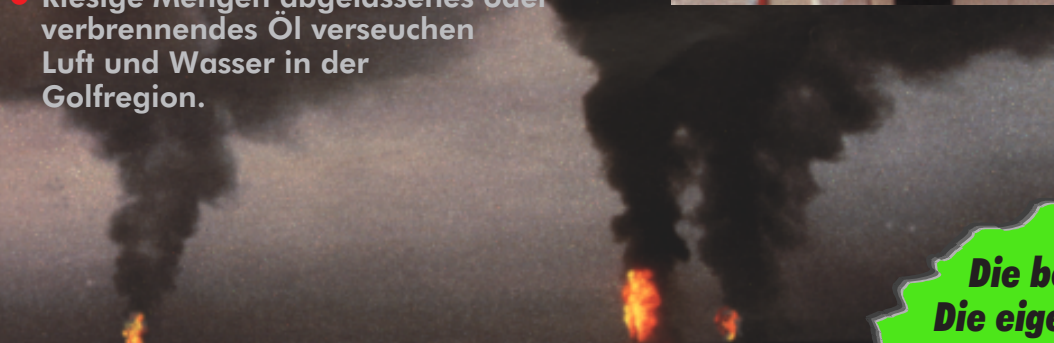
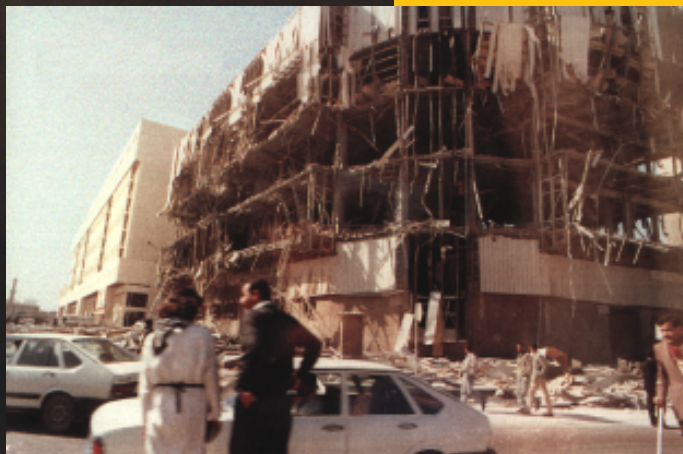
Der Streit um die Grenze und die Vorherrschaft in Korea dauert an.

## Golfkrieg 1991

Im Sommer 1990 wird Kuwait von Truppen des Irak besetzt. Die Vereinten Nationen fordern den Rückzug des Irak und erlauben den Einsatz militärischer Mittel. Eine alliierte Streitmacht unter Führung der USA vertreibt die Truppen des Irak. Nicht zuletzt geht es um den Zugang der Industrienationen zu preisgünstigem Öl.

### Ergebnis:

- Der vorherige Zustand ist wieder hergestellt.
- Mindestens 100.000 Tote.
- Riesige Mengen abgelassenes oder verbrennendes Öl verseuchen Luft und Wasser in der Golfregion.



Jedoch: Der Streit um Grenzen und Ölquellen geht weiter.

**Die beiden Fälle zeigen:  
Die eigentlichen Probleme  
wurden durch den  
Krieg nicht gelöst.**



# ... durch Krieg

## Bosnien

Der Waffenstillstand von Dayton 1995 wurde möglich, weil die Kriegsparteien ihre Ziele weitgehend erreicht hatten und die Bevölkerung kriegsmüde wurde.

Der Einsatz der NATO-Truppen verschlingt die Mittel, die für den Wiederaufbau einer zivilen Gesellschaft notwendig wären. Wer fördert die Versöhnung zwischen den Volksgruppen, wer besänftigt den Zorn und die Rachegefühle der Opfer auf allen Seiten, wer heilt die Wunden, die der Krieg gerissen hat?



## Somalia

Nach jahrelangem Bürgerkrieg verhungerten Hunderttausende von Menschen in Somalia. Hilfslieferungen wurden von bewaffneten Banden geplündert. Die Vereinten Nationen beschlossen 1992 die „Operation neue Hoffnung“: Hilfsmaßnahmen sollten militärisch gesichert werden. Der weitere Auftrag blieb

unklar: Wer sollte zu welchen Kosten die Bürgerkriegsparteien entwaffnen? Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen UNO-Truppen und Zivilbevölkerung und zu Kämpfen mit den Bürgerkriegsparteien.

Es zeigte sich: Der Wiederaufbau von Versorgung, Verwaltung und Wirtschaft ist mit militärischen Mitteln nicht zu lösen. Im März 1995 wurde die Operation beendet und Somalia wieder sich selbst überlassen.



**Frieden kann nicht mit Waffengewalt erzwungen werden. Zum Frieden gehört Interessenausgleich, Gerechtigkeit und Versöhnung.**



# Abrüstung

## Verantwortung

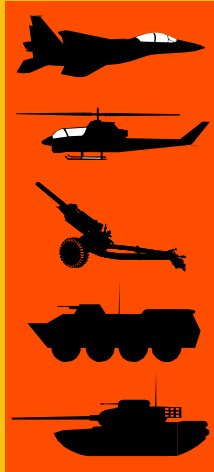
Die BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland sind mitverantwortlich, daß dieser Staat zum Frieden in der Welt beiträgt. Deutschland wird militärisch nicht bedroht. Abrüstung in Deutschland ist ein wichtiger Impuls für weitere Abrüstung in Europa und weltweit. Dadurch kann Mißtrauen gegenüber einer deutschen Großmachtpolitik zerstreut werden. Wer friedliche Konfliktlösung will, muß mit gutem Beispiel vorangehen und abrüsten. Verantwortung bedeutet: Einseitige Abrüstung wagen, bei uns mit Abrüstung beginnen.



## Abrüstung ist möglich

Im Rahmen des Vertrages über konventionelle Stabilität in Europa (KSE) wurden bereits Zehntausende von Waffensystemen verschrottet.

200.000



1990

150.000



1995

**Die Fortsetzung der Rüstung verschlingt die Mittel, die zur Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme notwendig sind. Abrüstung ist der billigste Weg zu mehr Sicherheit für alle.**



# BRD ohne Armee

## Was wir wollen

Die Abschaffung der Bundeswehr ist ein erster und notwendiger Schritt. Wir wollen aber mehr!

- Wir wollen die allgemeine und vollständige Abrüstung.
- Wir wollen eine schrittweise Umverteilung der Mittel, die jetzt für Militär ausgegeben werden, zugunsten von Friedens- und Konfliktforschung, zugunsten von Kriegsverhütung durch internationale Einrichtungen und staatsunabhängige Friedensorganisationen.
- Wir wollen, daß Konflikte ohne kriegsgerische Mittel gelöst werden.
- Wir wollen eine Politik, die Kriege verhindert durch gerechte Verteilung von Ressourcen, durch Schutz von Minderheiten und Menschenrechten.

## BRD ohne Armee - aber wie?

Sehr viele Menschen lehnen Krieg und Militär ab. Sie sehen aber keine Ansatzpunkte, um etwas konstruktives dagegen zu unternehmen.

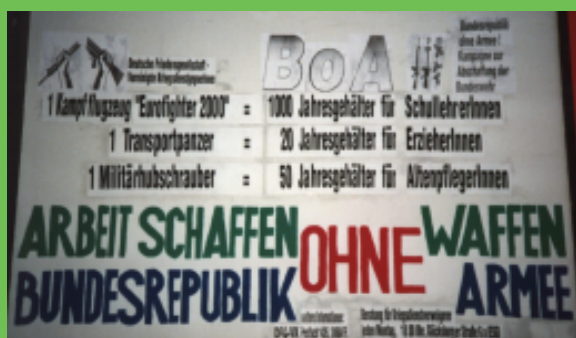
Die einseitige Abschaffung der Bundeswehr in Deutschland ist ein konkreter Beitrag für die Schaffung einer Welt ohne Krieg.

Die Abschaffung der Bundeswehr ist dann möglich, wenn eine Mehrheit der BürgerInnen Militär für überflüssig hält und von den gewaltfreien Möglichkeiten der Friedenssicherung überzeugt ist.

Diese Überzeugung kann nur dann wachsen, wenn in der Gesellschaft über dieses Thema diskutiert wird.

Wir entwickeln Informationsmaterial für die breite Öffentlichkeit und Hintergrundmaterial für Interessierte.

Wir suchen das Gespräch mit Medien und PolitikerInnen.



Plakatwand Flensburg 1996

Ostermarsch 1995 in der Colbitz-Letzlinger Heide



Plakatwand München 1995

## Was können Sie tun?

**Informieren Sie sich! Tragen Sie die Diskussion weiter! Unterstützen Sie die Kampagne „BRD ohne Armee!“ Die einfachste Möglichkeit: Geben Sie unsere Handzettel mit Denkanstößen weiter!**



**B.O.A.**  
BRD ohne Armee

Weitere Informationen erhalten Sie, falls hier keine Prospekte vorhanden sind, bei:

B.o.A.-Agentur Süd,  
c/o Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen  
Landesverband Bayern,  
Alte Allee 48, 81245 München  
oder  
B.o.A.-Agentur Nord  
c/o DFG-VK Flensburg, Postfach 1426, 24904 Flensburg



Impressum: Diese Ausstellung wurde erstellt von der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V., München, im Auftrag des Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes der DFG-VK Bayern, in Zusammenarbeit mit dem DFG-VK Bildungswerk Hessen und in Zusammenarbeit mit der B.o.A.-Projektgruppe der DFG-VK.

Konzeption, Texte, Redaktion, Bildrecherche: Thomas Rödl M.A., Gestaltung, Bildbearbeitung: Karl Lipp Graphik-Design.



# Konflikte erkennen ...



**Anschläge**



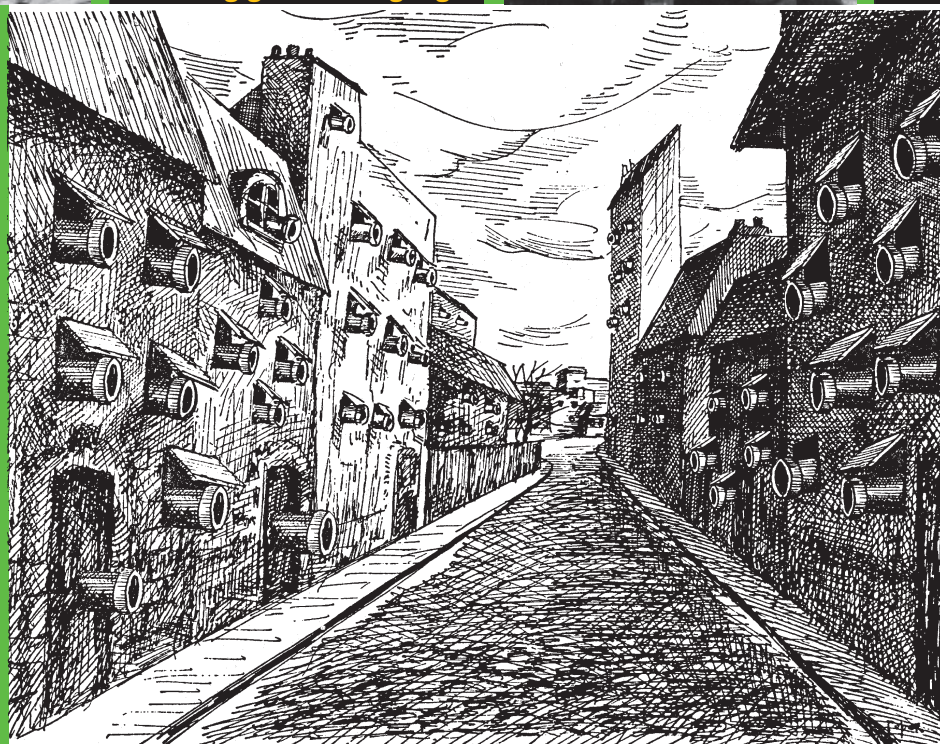
**Unabhängigkeitsbewegungen**



**Politische Unruhen**



**Wirtschaftliche Ungleichheit**



**Unterdrückung**



**Grenzstreitigkeiten**



**Fanatismus**



**Massaker**

Konflikte müssen nicht notwendigerweise kriegerisch ausgetragen werden. Es gibt viele Anzeichen zur frühzeitigen Erkennung von kriegsträchtigen Konflikten.

Politiker und Medien interessieren sich aber erst dann für Konflikte, wenn bereits ein Krieg ausgebrochen ist.

Wer Krieg verhindern will,

- darf den Tätern keine Mordwerkzeuge liefern,
- muß rechtzeitig diejenigen Gruppierungen politisch unterstützen, die für Demokratie, Menschenrechte, Gewaltfreiheit und Verständigung eintreten,
- muß den Dialog zwischen den Konfliktparteien fördern.

Zwischenstaatliche Konflikte, wie z. B. um die Verteilung und Nutzung von Wasser, müssen durch Verhandlungen und fairen Interessenausgleich gelöst werden.

**Die Bundesrepublik  
Deutschland gehört zu  
den größten Exporteuren  
von Rüstungsgütern.  
Wer Waffen liefert,  
stiftet Krieg.**



# ... und gemeinsam lösen

Der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gehören alle europäischen Staaten an. Im Rahmen der OSZE können sie gleichberechtigt über alle Konflikte und Probleme in Europa verhandeln. Zur Schlichtung von Streitfragen zwischen den Mitgliedsstaaten wurde ein Schiedsgericht eingerichtet, es gibt einen Beauftragten für nationale Minderheiten und ein Büro für Demokratie und Menschenrechte.



## Gemeinsame Sicherheit in Euro

### Grundsätze

Menschenrechte  
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
Gleichberechtigte Zusammenarbeit  
Friedliche Beilegung von Streitigkeiten  
Gerechtigkeit  
Schutz von Minderheiten



### Tagesordnung:

Rechte der Minderheiten  
(Balkan, Baltikum, Rum  
Slowakei, Kurden in der  
Frieden im Kaukasus  
Hoheitsrechte in der Ägä  
Weitere Abrüstung



Die OSZE kann zu einem Sicherheitsbündnis mit gegenseitiger Beistandsverpflichtung (kollektive Sicherheit) ausgebaut werden. Die Streitkräfte der einzelnen europäischen Staaten werden dann endgültig überflüssig.

**Ein Verteidigungsbündnis wie die NATO grenzt immer andere Staaten aus und ist mit einem System der kollektiven Sicherheit unvereinbar. Die geplante Ausdehnung der NATO nach Osten ignoriert die Sicherheitsinteressen der anderen Staaten und wird zu einer neuerlichen Spaltung Europas führen.**



# Ohne Waffen ...



**August  
1968**

Im August 1968 wurde die Tschechoslowakei von Truppen des Warschauer Paktes besetzt, um den Reformkurs zu stoppen. Die Armee blieb in den Kasernen, die Bevölkerung leistete 7 Tage lang gewaltfreien Widerstand.

BürgerInnen diskutierten mit den Soldaten und machten ihnen klar, daß ihr Einmarsch nicht als „brüderliche Hilfe“ begrüßt wird. Nach drei Tagen mußten verschiedene Einheiten durch neue Truppen abgelöst werden, den Soldaten wurde verboten, mit der Bevölkerung zu diskutieren.

Wegweiser und Straßenschilder wurden entfernt, um den Besatzern die Orientierung zu erschweren. In den Stellwerken der Bahn verschwanden Pläne und Teile, Truppentransporte und Nachschub irrten im Lande umher.

Aus verschiedenen historischen Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand einer Gesellschaft gegen eine bewaffnete Besatzungsmacht wurde das **Konzept der sozialen Verteidigung** entwickelt.



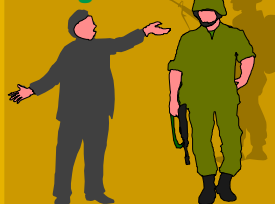


# ... aber nicht wehrlos.

## Soziale Verteidigung will:

- die Staatengemeinschaft zu Sanktionen veranlassen.
- die Einsatzbereitschaft der Soldaten untergraben,

### Dialog



### Nichtzusammenarbeit



### Versorgung sichern



### Schutz der Institutionen



- den politischen Willen des Angreifers schwächen,
- durch Nicht-Zusammenarbeit in Industrie und Verwaltung die Kosten einer Besetzung erhöhen,
- die Versorgung der Bevölkerung aufrecht-erhalten

Voraussetzung ist der Zusammenhalt in der Bevölkerung, die Aufrechterhaltung der Versorgung sowie der Kommunikation nach innen und nach außen und der Schutz der demokratischen Einrichtungen der Gesellschaft.

Welche Ziele hat ein Angreifer, der ein unbewaffnetes Land besetzt? Wenn er einen wirtschaftlichen Vorteil aus der Besetzung ziehen will, müssen Verwaltung, Infrastruktur und Industrie weiter funktionieren.

Repressionsmöglichkeiten einer Besatzungsmacht: Folter, Verhaftung, Verschleppung, Geiselnahme, Erschießungen...

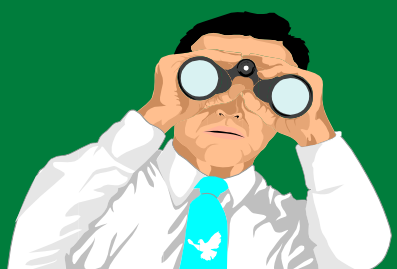
**Militär verteidigt Territorien. Zerstörungen sind dabei unvermeidlich.**

# Gewaltfrei ...

## Beobachten

Das Balkan Peace Team (BPT) ist ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener internationaler Friedensorganisationen mit Büros in Split, Zagreb und in Belgrad. In Kroatien nennen sie sich „Otvoreni oci“ (= „offene Augen“). Ihr Ziel ist es, Bürgergruppen und Organisationen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien bei ihrer Arbeit für eine friedliche Lösung von Konflikten und für die Einhaltung von Menschenrechten zu unterstützen. Das BPT besteht aus freiwilligen Friedensarbeitern, die von privaten SpenderInnen finanziert werden. Sie liefern unabhängige und überparteiliche Informationen, sie bieten Seminare zu Mediation und gewaltfreier Konfliktlösung an und stehen als neutrale BeobachterInnen bei Zwischenfällen zur Verfügung.

**Kontakt:** Balkan Peace Team, Marienwall 9, 32423 Minden



## Schützen

Die Internationalen Friedensbrigaden (Peace Brigades International) schicken auf Anforderung Teams von freiwilligen Friedensarbeitern in Krisengebiete, die durch ihre Anwesenheit z.B. Aktivisten von Bürger- und Menschenrechtsgruppen vor Anschlägen durch Terrorgruppen und vor Übergriffen durch die Staatsgewalt schützen.

**Kontakt:**

Internationale Friedensbrigaden  
(Deutscher Zweig der „Peace Brigades International“)

Chemnitzstr. 80, 22767 Hamburg



## Verweigern

Jeder Wehrpflichtige kann durch die Verweigerung des Kriegsdienstes deutlich machen, daß er sich nicht an Krieg und militärischer Gewaltanwendung beteiligen will. In vielen Staaten gibt es kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Kriegsdienstverweigerer brauchen internationale Solidarität.

**Kontakt und Informationen:**  
DFG-VK, Schwanenstr. 16,  
42551 Velbert  
(Deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner)



## Desertieren

Im Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien sind bis zu 50% der Wehrpflichtigen der Einberufung nicht nachgekommen. Unsere Regierung hält die Wehrpflicht in allen Staaten grundsätzlich für legitim. Daher erhalten Deserteure in den meisten Fällen kein politisches Asyl. Damit gesteht sie allen Staaten das Recht zu, seine Bürger zum Waffendienst zu zwingen. Organisationen der Kriegsdienstverweigerer, wie z.B. die DFG-VK, unterstützen Deserteure aus Kriegsgebieten und treten ein für ein Bleiberecht für Deserteure.

Mehr Infos z.B. bei Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach



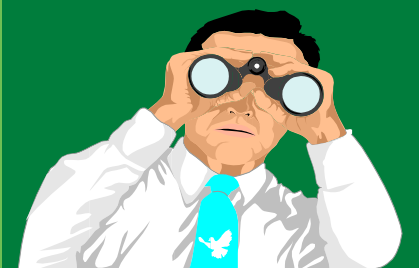


# Gewaltfrei ...

## Beobachten

Das Balkan Peace Team (BPT) ist ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener internationaler Friedensorganisationen mit Büros in Split, Zagreb und in Belgrad. In Kroatien nennen sie sich „Otvoreni oci“ (= „offene Augen“). Ihr Ziel ist es, Bürgergruppen und Organisationen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien bei ihrer Arbeit für eine friedliche Lösung von Konflikten und für die Einhaltung von Menschenrechten zu unterstützen. Das BPT besteht aus freiwilligen Friedensarbeitern, die von privaten SpenderInnen finanziert werden. Sie liefern unabhängige und überparteiliche Informationen, sie bieten Seminare zu Mediation und gewaltfreier Konfliktlösung an und stehen als neutrale BeobachterInnen bei Zwischenfällen zur Verfügung.

**Kontakt: Balkan Peace Team, Marienwall 9, 32423 Minden**



## Schützen

Die Internationalen Friedensbrigaden (Peace Brigades International) schicken auf Anforderung Teams von freiwilligen Friedensarbeitern in Krisengebiete, die durch ihre Anwesenheit z.B. Aktivisten von Bürger- und Menschenrechtsgruppen vor Anschlägen durch Terrorgruppen und vor Übergriffen durch die Staatsgewalt schützen.

**Kontakt:**

Internationale Friedensbrigaden  
(Deutscher Zweig der „Peace Brigades International“)  
Chemnitzstr. 80, 22767 Hamburg



## Verweigern

Jeder Wehrpflichtige kann durch die Verweigerung des Kriegsdienstes deutlich machen, daß er sich nicht an Krieg und militärischer Gewaltanwendung beteiligen will. In vielen Staaten gibt es kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Kriegsdienstverweigerer brauchen internationale Solidarität.

**Kontakt und Informationen:**  
DFG-VK, Schwanenstr. 16,  
42551 Velbert

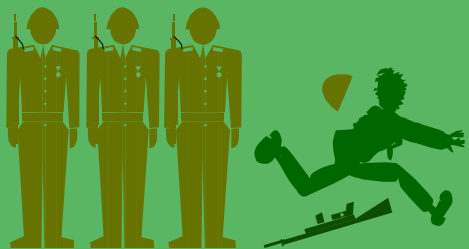
(Deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner)



## Desertieren

Im Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien sind bis zu 50% der Wehrpflichtigen der Einberufung nicht nachgekommen. Unsere Regierung hält die Wehrpflicht in allen Staaten grundsätzlich für legitim. Daher erhalten Deserteure in den meisten Fällen kein politisches Asyl. Damit gesteht sie allen Staaten das Recht zu, seine Bürger zum Waffendienst zu zwingen. Organisationen der Kriegsdienstverweigerer, wie z.B. die DFG-VK, unterstützen Deserteure aus Kriegsgebieten und treten ein für ein Bleiberecht für Deserteure.

**Mehr Infos z.B. bei Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach**



# ... Handeln

## Zeichen setzen

Die „Frauen in Schwarz“ wehren sich weltweit gegen Krieg und Gewalt. Sie organisieren Demonstrationen, Mahnwachen und andere öffentliche Veranstaltungen gegen den Krieg. In Belgrad gibt es diese Gruppe seit Beginn des Krieges zwischen Kroatien und der restjugoslawischen Armee. Sie treten ein für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, sie führen in Schulen und Flüchtlingslagern Projekte für eine künftige gewaltfreie Konfliktlösung durch und vermitteln bei Konflikten zwischen den verschiedenen Nationalitäten.

**Kontakt über DFG-VK Bayern,  
Alte Allee 48, 81245 München**



## Menschenrechte verteidigen

Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Schutz der Rechte des Individuums, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Strukturen sind die Voraussetzung für gewaltfreie Konfliktlösung in einer Gesellschaft. Amnesty international z.B. betreut politische Gefangene in aller Welt und bringt Folter und andere Menschenrechtsverletzungen an die Weltöffentlichkeit.

**Kontakt: Amnesty international, Postfach, 53108 Bonn**



## Kriegsflüchtlingen helfen

Menschen, die sich dem Krieg entziehen wollen, brauchen ein Bleiberecht. In der BRD haben sie keinen rechtlichen Status, sie werden nur „geduldet“. Hunderte von örtlichen Initiativen widmen sich ehrenamtlich der Betreuung von Kriegsflüchtlingen und tragen gewaltfrei dazu bei, Kriegsfolgen zu lindern.

**Informationen über: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bismarckstr. 40, 50672 Köln**



## Politik verändern

Pazifistische Organisationen in der Bundesrepublik wollen durch allgemeine Abrüstung und Weiterentwicklung des Völkerrechts Kriege verhindern. Die internationale Zusammenarbeit von Friedensorganisationen stärkt die versöhnungsbereiten und gewaltfreien politischen Strömungen weltweit. Durch die Unterstützung von Friedensorganisationen machen Sie deutlich, daß Sie eine Welt ohne Krieg und Militär wollen!





# Arbeit durch Rüstung?



**1,25 Millionen  
Beschäftigte 1984  
(alte BRD)**

**Rüstungsindustrie**  
Forschung und Entwicklung,  
Produktion und Instandhaltung  
von Waffensystemen und  
Komponenten

190 000

**Versorgung und  
Dienstleistungen**  
für Bundeswehr  
und NATO-Streitkräfte

292 000

**Zivilangestellte**  
der Bundeswehr  
und der NATO- Streitkräfte

292 000

**Soldaten der Bundeswehr**  
Wehrpflichtige,  
Zeit- und Berufssoldaten

480 000

**700 000 Beschäftigte  
im Jahr 2000  
das entspricht 1,9%  
der Beschäftigten**

80 000

145 000

160 000

315 000

Die Anzahl der Arbeitsplätze durch Rüstung und Militär hat sich in den letzten 10 Jahren fast halbiert. Die „abgewickelten“ Soldaten und Rüstungsarbeiter der DDR sind hier nicht berücksichtigt. Hunderttausende haben sich bereits zivil umorientiert, auch die restlichen können sich in den nächsten Jahren ins zivile Leben integrieren.

**Die Staaten brauchen  
Militär und Rüstung  
als Machtinstrument, nicht  
zur Schaffung von  
Arbeitsplätzen.**



# Arbeit statt Waffen

## Rüstungsarbeitsplätze - teuerste Arbeitsplätze

1 Arbeitsplatz  
in der Rüstungsindustrie  
250 000 DM im Jahr



Gymnasiallehrerin  
Arbeitgeberbrutto  
100 000 DM im Jahr



1 Eurofighter  
kostet  
180 Mio DM  
(92 Mio Euro)



2 100 Jahres-  
gehälter für  
ErzieherInnen



1 U-Boot 212A  
kostet  
900 Mio DM  
(460 Mio Euro)



10 000 Jahres-  
gehälter für  
AltenpflegerInnen



1 Fregatte 124  
kostet  
1, 42 Mrd DM  
(726 Mio Euro)



14 000 Jahres-  
gehälter für  
LehrerInnen



Wenn der Staat Steuermittel für soziale Bereiche ausgibt, so sind dies zu über 90% Löhne und Gehälter. Bei der Beschaffung von Waffen wird weniger als die Hälfte der Ausgaben für Löhne und Gehälter verwendet. Der Aufwand für Arbeitsmittel, Rohstoffe und Energie ist sehr hoch, dazu kommt noch die Gewinnspanne für die Unternehmen. Ginge es nur um die Schaffung von Arbeitsplätzen, müßten LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, SteuerfachberaterInnen, Pflegekräfte usw. eingestellt werden.

Die Angst um den  
Verlust des Arbeitsplatzes  
wird benutzt, um  
Abrüstung zu verhindern.



# Umsteuern!



**Frieden**

**Abrüstung**

**Umweltschutz**

**Gerechtigkeit**

**Verschwendung**

**Raubbau**

**Aufrüstung**

**Krieg**

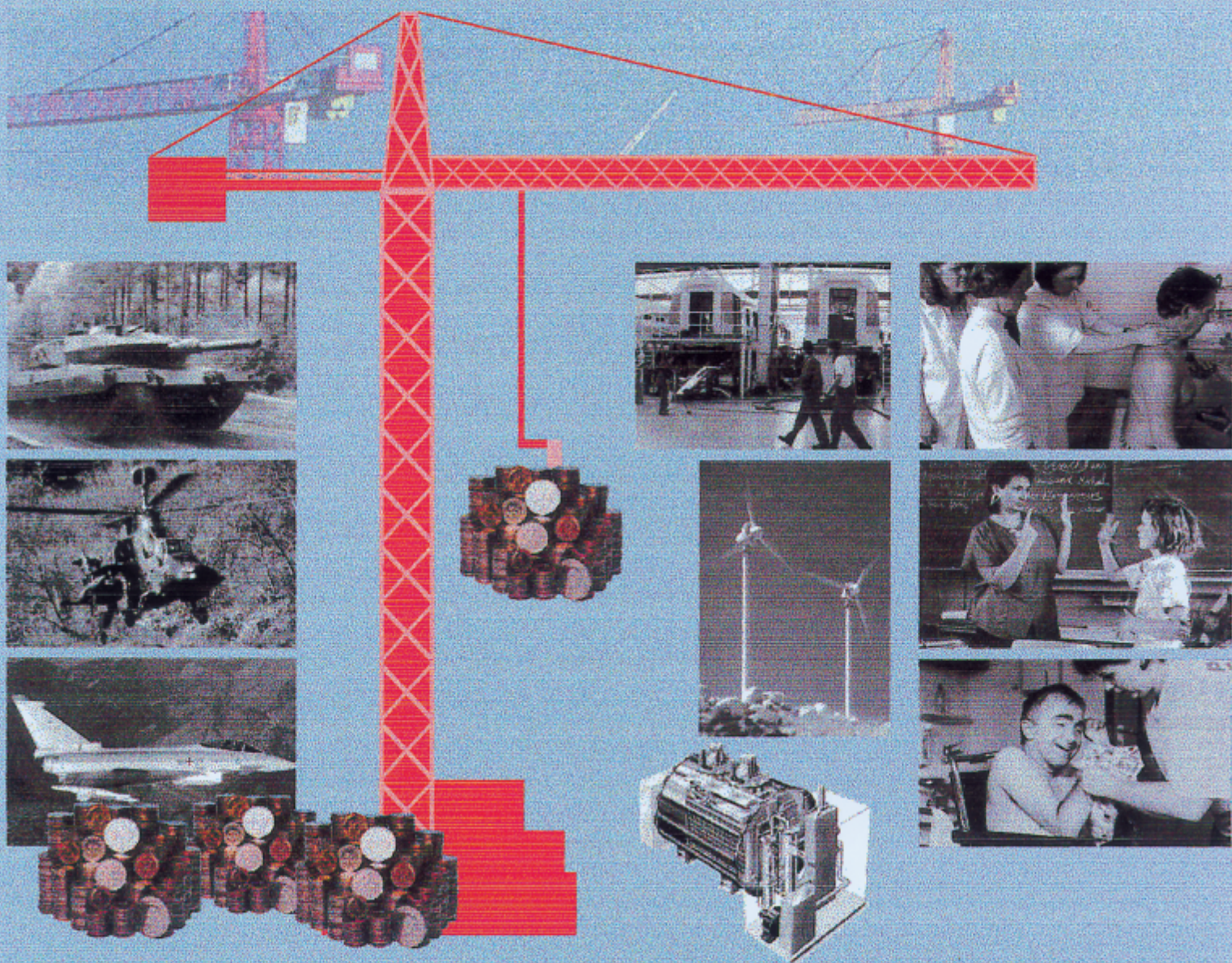
Abrüstung ist notwendiger Teil einer wirklichen Friedenspolitik, kein Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Dazu müssen Arbeitszeiten verkürzt und die erwirtschafteten Überschüsse gerecht verteilt werden.

Zum Schutz der Umwelt ist ein ökologisches Umsteuern notwendig, das fossile Energien, Rohstoff- und Landschaftsverbrauch verteuert, Umweltzerstörung bestraft und erneuerbare Energien fördert. Dadurch wird auch die Nachfrage nach Produkten in diesem Bereich verstärkt.

**Die Rüstungsindustrie setzt sich ein für Aufträge für neue Waffen, die die Bundeswehr zur Interventionsarmee machen. Sie wird Waffensysteme produzieren, solange sie Aufträge erhält.**



# Umbauen!



Die Rüstungsindustrie ist technisch in der Lage, andere Produkte herzustellen. Die Unternehmen müssen allerdings ihre Strukturen verändern und sich an zivilen Märkten orientieren. Bisher fehlt die Nachfrage und der politische Wille zur Abrüstung.

Durch Abrüstung frei werdende Steuergelder können verwendet werden für:

- Umschulung und Qualifizierung für zivile Aufgaben;
- notwendige Beschäftigung im sozialen Bereich;
- ökologisch sinnvolle und nützliche zivile Produkte;
- die Förderung von zukunftsfähigen Strukturen und Beschäftigung.



Lebenslanges Lernen wird heute von allen erwartet. Das gilt auch für Soldaten, zivile Angestellte der Streitkräfte und für Beschäftigte in der Rüstungsindustrie.

Durch unsere Öffentlichkeitsarbeit wollen wir zu einem Prozeß des Umdenkens und zu einem sozialverträglichen Abbau der Militärapparate und der Rüstungsindustrie beitragen.